SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Demografischer Wandel und gesellschaftliche Dynamik

Kaufmann, Franz-Xaver

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Kaufmann, F.-X. (2008). Demografischer Wandel und gesellschaftliche Dynamik. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilbd. 1 u. 2* (S. 343-364). Frankfurt am Main: Campus Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-153376

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Demografischer Wandel und gesellschaftliche Dynamik

Franz-Xaver Kaufmann

Problemstellung

Abgesehen von allen Konstruktionen und Dekonstruktionen soziologischer Naturdeutungen soll es auf diesem Kongress auch um die Wiederentdeckung »natürlicher« Sachverhalte für die Soziologie gehen, die in neueren Theorierichtungen und wohl auch im dominanten Habitus soziologischen Denkens marginalisiert worden sind. Hierzu gehören elementar Geburt und Tod, die von der Demografie als Fertilität und Mortalität rekonstruiert werden. Während die Familiensoziologie und die Soziologie des Lebenslaufs die »naturnahen« Kategorien in etwa aufgenommen haben, ist der Makrosoziologie der Bezug zu Bevölkerungsfragen weitgehend abhanden gekommen. Allerdings wird in soziologischen Modernisierungs- und erst recht in Evolutionstheorien ein Wachstum der Bevölkerung *implizit vorausgesetzt*: Industrialisierung und Modernisierung wurden bisher stets von einem starken Bevölkerungswachstum begleitet, welches das Wirtschaftswachstum stimulierte und stabilisierte. Wenn dies theoretisch irrelevant sein sollte, müssten moderne Gesellschaften auch ohne diesen Stimulus ihre dynamische, durch fortgesetzten sozialen Wandel zu charakterisierende Form gewinnen und halten können. Die Plausibilität dieser Annahme soll im folgenden geprüft werden. Insoweit das negative Ergebnis dieser Prüfung der Kritik standhält, müssten auch die herrschenden Modernisierungskonzepte revidiert werden.

Demografische Entwicklungen spielen in der neueren Gesellschaftstheorie bisher praktisch keine Rolle: »Im Prinzip ist die Gesellschaft heute von demographischen Vermehrungen oder Verminderungen einer Bevölkerung unabhängig« (Luhmann 1997: 151). Das ist soziologiegeschichtlich gegen Émile Durkheim gerichtet, der bekanntlich die Tendenz zur Arbeitsteilung durch die sich steigernde »soziale Dichte« erklärte, welche ihrerseits durch das Wachstum der Bevölkerung befördert werde (Durkheim 1932: 239ff.). Im Horizont *seiner* Bestimmung von Gesellschaft ist Niklas Luhmanns These völlig schlüssig. ›Gesellschaft‹ erscheint hier als nur noch lose und auf unterschiedlichen Analyseebenen gekoppelter Zusammenhang von im Zuge der Modernisierung ausdifferenzierten Funktionssystemen,

deren normative und kommunikative Reichweite ihre nationalstaatlichen Konkretionen übergreift. Allerdings:

»Die theoretische Soziologie hat (…) lange Zeit darauf verzichtet, die »physikalischen« Größen von Bevölkerung, Raum und Zeit systematisch in ihren theoretischen Bezugsrahmen aufzunehmen. (…) Die soziale Morphologie gehörte in den 50er und 60er Jahren zu den überholten Traditionsbeständen unserer Disziplin. Dies hat sich in mehrfacher Hinsicht gerächt: als Wirklichkeitsverlust und – implizit – als Verabschiedung von der Gesellschaftspolitik, aber auch als eine selbstverschuldete Eingrenzung des Erklärungshorizonts.« (Mayer 1989: 257)

Es kommt somit nicht von ungefähr, dass erst die gesellschaftspolitische Dringlichkeit das Thema der Bevölkerung wieder auf die soziologische Agenda setzt. Dabei sind grundsätzlich zwei Perspektiven möglich: Zum ersten die soziologische Erklärung demografischer Prozesse. Dies war ein zentrales Thema der deutschen »Bevölkerungslehre« (vgl. Mackensen 1989), zu dem nach 1945 aus makrosoziologischer Sicht lediglich Hans Linde mit seiner »Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung« (1984) einen prägnanten Beitrag geleistet hat. Man kann aber auch umgekehrt nach der Bedeutung demografischer Sachverhalte für die gesellschaftliche Entwicklung fragen; und um diese zweite Perspektive soll es hier gehen.[1]

Unser Thema führt auf ungesichertes Gelände. »Gesellschaftliche Dynamik« ist kein etablierter Begriff der Sozialwissenschaften, geschweige denn der Soziologie. Und es fehlt nicht nur am Begriff, sondern auch an neueren Diskursen, die sich mit gesellschaftlicher Dynamik befassen. Die Soziologie scheint weit mehr an Strukturen und sozialen Handlungen interessiert als an gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit oder Zukunftsfähigkeit. Am nächsten kommen unserer Thematik die Begriffe »sozialer Wandel« und »soziale Bewegung«, die aber offensichtlich nur unterschiedliche Teilaspekte der Problematik berühren. Diese soziologische Abstinenz überrascht umso mehr, als die Wirtschaftswissenschaften eine vielfältige Begrifflichkeit für wirtschaftliche Dynamik entwickelt haben: beispielsweise Wachstum, Produktivität, Innovation, Konjunkturen und Krisen.

Auch »Demografischer Wandel« ist kein wissenschaftlicher Begriff, sondern die gängig gewordene Bezeichnung für eine politische Problematik. Die Codierung erfolgte wohl durch den Deutschen Bundestag, der während der 12., 13. und 14. Legislaturperiode (1992–2002) eine Enquête-Kommission »Demographischer Wandel« eingesetzt hat. Sie beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Zunahme des Anteils alter Menschen an der Bevölkerung und einigen daraus resultierenden Problemen, insbesondere sozialpolitischer Natur. Aber die soziologisch interessante Frage, ob

1 Ich nehme damit Überlegungen aus meiner Dissertation (Kaufmann 1960: 408ff.) wieder auf, die damals vor allem die französischen Verhältnisse betrafen. Eine vertiefende Entwicklung des theoretischen Arguments anhand deutschen statistischen Materials (Kaufmann 1975) fand damals keinerlei Interesse.

dem demografischen Altern ein »Altern der Gesellschaft« folge (Kohli 1997), wurde nicht aufgegriffen. Auch die Folgeprobleme der fortgesetzten Zuwanderung und die Nachwuchsschwäche der deutschen Bevölkerung spielten in den Berichten der Kommission (Deutscher Bundestag 1994; 1998; 2002) keine wesentliche Rolle. Die Nachwuchsschwäche ist aber der gravierendere Aspekt des demografischen Wandels als die Zunahme alter Menschen. Wir haben es in Deutschland und anderswo in Europa nicht mit einer »Überalterung«, sondern mit einer »Unterjüngung« der Bevölkerung zu tun (Lehr 2003: 3). In Deutschland ersetzen die Geburten die Generation ihrer Eltern seit über drei Jahrzehnten nur noch zu etwa zwei Dritteln, bei der einheimischen Bevölkerung sogar nur noch zu knapp 60 Prozent, bei der ausländischen Bevölkerung zu etwa 90 Prozent.

Die zu untersuchende Frage lautet also: *Inwieweit sind die in Deutschland dominierenden demografischen Trends – insbesondere der Sterblichkeitsrückgang und der Geburtenrückgang – geeignet, die gesellschaftliche Dynamik in Deutschland zu beeinträchtigen?*[2] Diese Problemstellung impliziert eine wichtige bevölkerungssoziologische Einsicht: Von einer Bevölkerung kann soziologisch nur mit Bezug auf einen bestimmten Solidarhorizont gesprochen werden, hier also Deutschland. Nun ist der nationale Solidarhorizont im Zeitalter der so genannten Globalisierung nicht mehr der einzig mögliche. Supranationale und infranationale Bezugspunkte für Solidaritäten gewinnen an Bedeutung, ohne jedoch für die Politik und den Großteil der Bevölkerung einen dem Nationalstaat vergleichbaren Schicksalsraum bilden zu können. Grundsätzlich lassen sich aber die folgenden Überlegungen auch auf größere oder kleinere Einheiten übertragen.

Demografische Trends

Kurz- und mittelfristige demografische Ereignisse wie Kriege, Epidemien oder akzidentelle Wanderungen mögen zwar zu erheblichen sozialen Problemen führen; aber von einer systematischen soziologischen Bedeutung kann hier kaum die Rede sein. Nur langfristig gleich gerichtete demografische Veränderungen zeitigen nachhaltige gesellschaftliche Wirkungen. Sie operieren außerordentlich langsam, in der Regel unterhalb der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle. Sie operieren aber auch *mit zunehmender Wucht*.[3] Das heißt: Wenn ihre ökonomischen und sozialen Wirkungen

2 Der dritte demografische Faktor, die Zu- und Abwanderung, kann in diesem Beitrag nur beiläufig behandelt werden. Der Nutzen der Zuwanderung wird heute weithin überschätzt; vgl. hierzu Kaufmann 2005: 83ff., 177ff.

3 Die Demografie spricht in diesem Zusammenhang vom »demographic momentum«. Entscheidend hierfür ist der Effekt steigender beziehungsweise sinkender Bestände der Frauen im Fortpflanzungs-

offenkundig werden, ist die demografische Beschleunigung oder Schrumpfung bereits so weit fortgeschritten, dass ein Gegensteuern mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen und mit vielfältigen Nebenwirkungen verbunden sein würde. Um wenigstens ein gewisses Gefühl für die Zeiträume demografischer Entwicklungen zu vermitteln, umfassen die folgenden Abbildungen in der Regel einen Zeitraum von etwa einem Jahrhundert.

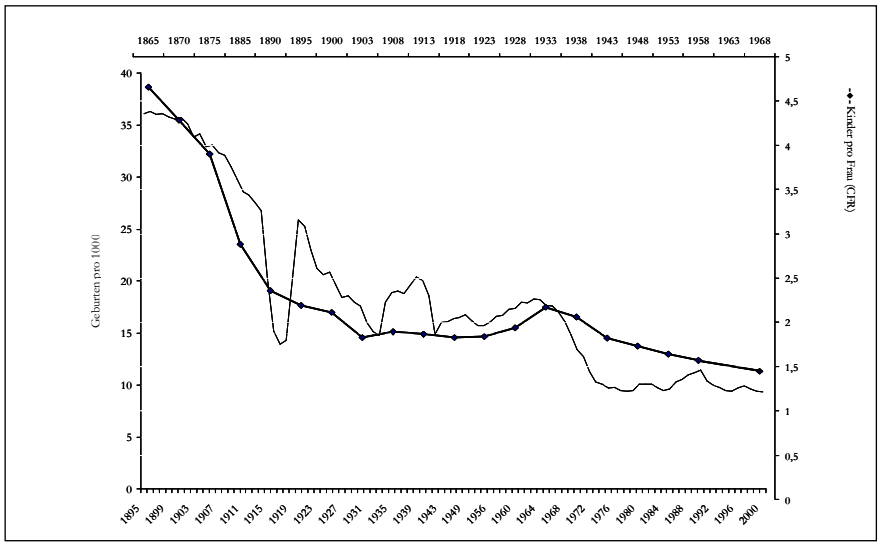

Abbildung 1: Erster und zweiter Geburtenrückgang: Deutschland 1871–2000.

(Quelle: Statistische Jahrbücher und Schwarz 1997: 485, mit Ergänzung)

Abbildung 1 zeigt den säkularen Geburtenrückgang im 20. Jahrhundert und zwar anhand zweier Zeitreihen: der oszillierenden allgemeinen Geburtenziffer pro Kalenderjahr (linker und unterer Maßstab) und der eher linear verlaufenden Fertilität der Geburtskohorten von 1865 bis 1968 (rechter und oberer Maßstab). Dabei zeigt sich, dass die Kohortenfertilität bereits ab dem Geburtsjahrgang 1890 das Reproduktionsniveau von damals circa 2,4 Kindern unterschritt, bis zum Geburtsjahrgang 1938 allerdings nur unwesentlich. Seither ist jedoch ein fortgesetzter rückläufiger Trend zu beobachten, der auch in diesem Jahrhundert anhält. Dass die aktuellen

alter. Unter Zugrundelegung der nunmehr seit drei Jahrzehnten in Deutschland in etwa konstanten Fertilität von 1,4 Kindern pro Frau heißt das modellartig: 1.000 Frauen um 1980 hatten 667 Töchter, welche um 2010 noch 444 Töchtern beziehungsweise Enkelinnen zur Welt bringen. Und wenn sich nichts ändert, würde die Urenkelgeneration um 2040 nur noch 296 Mädchen umfassen.

Geburtenziffern seither unter diesem Trend liegen, ist vor allem auf das ansteigende mittlere Gebäralter der Frauen zurückzuführen.

Anhand der Kohortenfertilität können wir also zwei Schübe des Geburtenrückgangs beobachten: Der »erste Geburtenrückgang« unter den zwischen 1865 und 1905 geborenen Frauen wurde durch den parallelen Rückgang der Kinder- und Jugendsterblichkeit kompensiert; das heißt die Zahl der ins Fortpflanzungsalter kommenden Frauen nahm deutlich weniger ab als die sinkende Zahl der Geburten erwarten ließ; deshalb verläuft die Kurve der allgemeinen Geburtenziffer meist oberhalb der Kurve der Kohortenfertilität. Als um 1965 der »zweite Geburtenrückgang« einsetzte, war die Kinder- und Jugendsterblichkeit schon auf so niedrige Werte gesunken, dass ihr weiterer Rückgang kompensierend kaum mehr zu Buche schlägt. Stattdessen geht, wie Abbildung 2 zeigt, nunmehr die Altensterblichkeit stärker

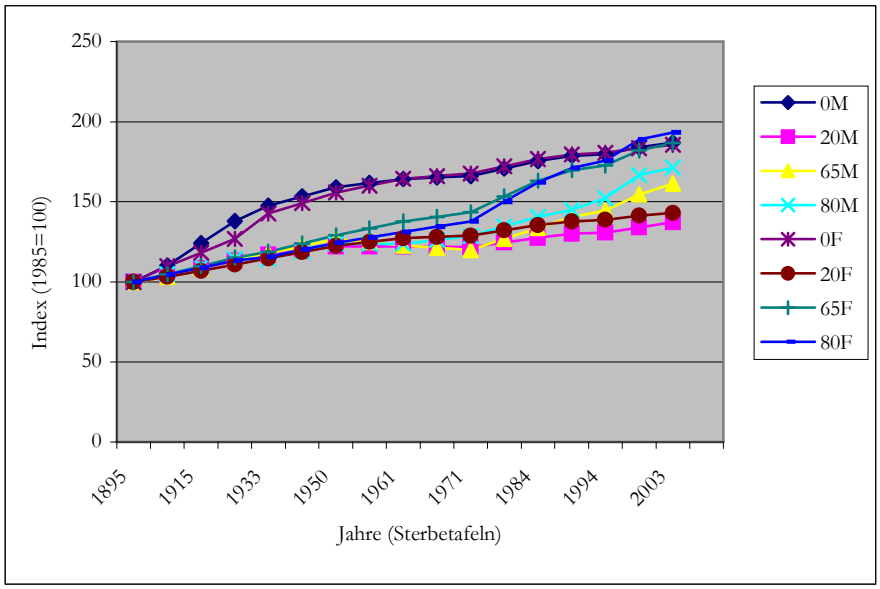

Abbildung 2: Entwicklung der mittleren Lebenserwartung bei der Geburt mit 20, 65 und 80 Jahren in Deutschland (jeweiliges Staatsgebiet).

(Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland: Sterbetafeln diverser Jahrgänge)

zurück, und zwar vor allem bei den Frauen. Ein Ende des Sterblichkeitsrückgangs ist nach Ansicht namhafter Demografen nicht abzusehen (vgl. Oeppen/Vaupel 2002), und er wird statistisch vor allem zu einer weiteren Zunahme der Senioren und insbesondere der Hochaltrigen führen. Geburtenrückgang und Sterblichkeits-

rückgang kompensieren sich teilweise in der *Wachstumsdimension* der Bevölkerung, sie verstärken sich wechselseitig in der *Alterungsdimension* der Bevölkerung. Die beim Andauern der jüngeren Entwicklungstrends von Fertilität, Mortalität und Wanderungen zu erwartende Veränderung der altersmäßigen Bestände der Bevölkerung in Deutschland bis 2090 zeigt Abbildung 3. Das Maximum an 60–80jährigen wird um 2030 erreicht, dasjenige der 80 und mehrjährigen um 2050. Parallel dazu sinken die Bestände der Jüngeren.

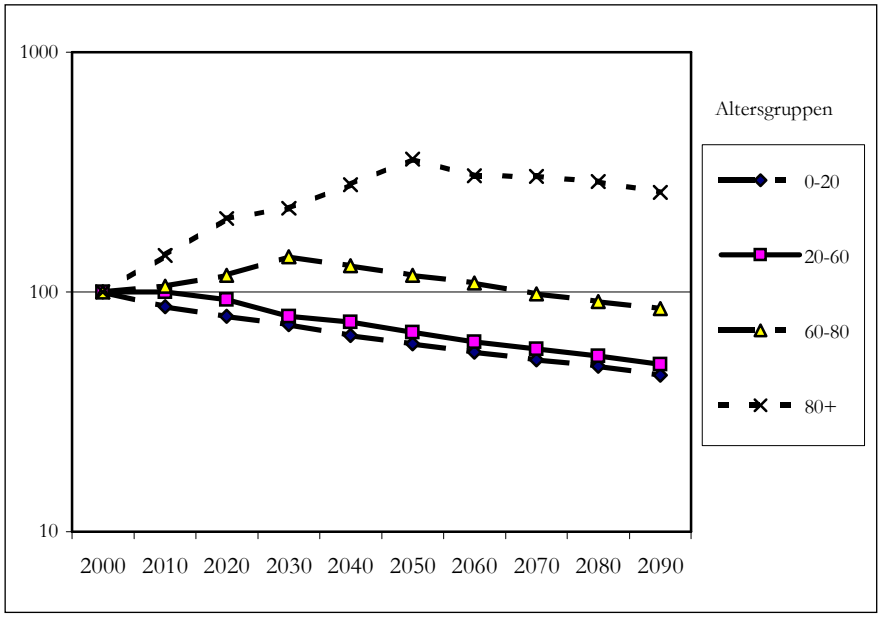

Abbildung 3: Prospektive Bestandsveränderungen der vier großen Altersgruppen 2000–2090.

(Quelle: Birg u.a. 1998: Variante 5, S. A 21, eigene Berechnung (semilogarithmischer Maßstab))

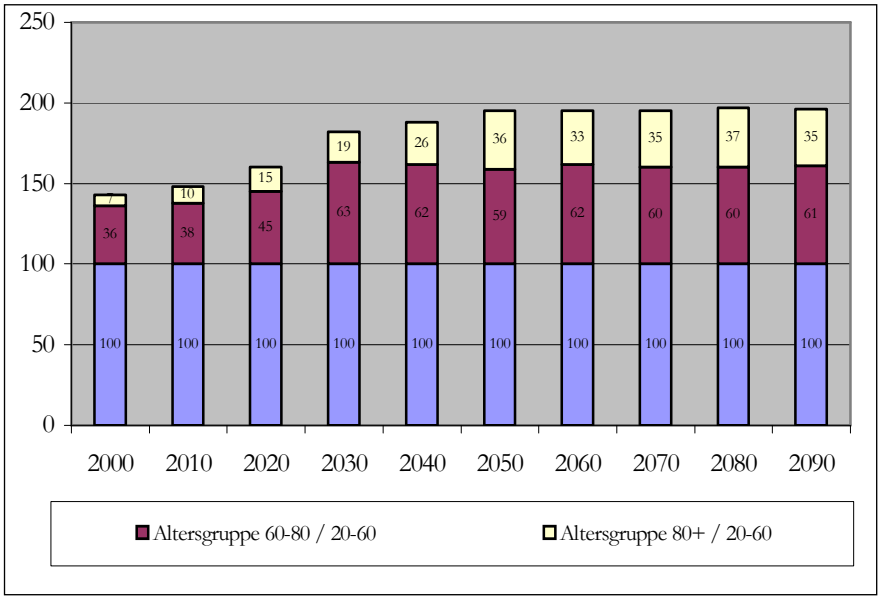

Abbildung 4: Prospektive demografische Alterslast 2000–2090.

(Quelle: für 2000: Statistisches Bundesamt; für 2010-2080: Birg u.a. 1998: A 25 (Variante 5))

Die Konsequenzen für die Belastung der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter zeigt Abbildung 4. Bleibt es bei den gegenwärtigen Erwerbsmustern, so ist mit einer Verdoppelung der sogenannten Alterslast bis 2040 und einer weiteren Steigerung bis 2050 zu rechnen. Bemerkenswerterweise wird die Alterslast nach dem Ableben der sogenannten Baby-Boom-Generation (Geburtsjahrgänge 1955–1970) nicht mehr zurückgehen. Das ist im wesentlichen eine Folge der hier angenommenen niedrigen Fertilität von 1,4 Kindern pro Frau.[4] Beim Andauern dieses in Deutschland seit einer Generation zu beobachtenden Fertilitätsniveaus sind also die verbreiteten Hoffnungen irrig, dass nach dem Ableben der »Baby-Boomer« sich die Belastungen wieder verringern könnten.

4 In der diesen Berechnungen zugrunde liegenden Variante von Birg u.a. wird ein jährlicher Zuwanderungssaldo von 150.000 Personen angenommen, was in etwa dem Zuwanderungsmittel der letzten Jahrzehnte entspricht. Ohne diese Zuwanderung wären die Größenordnungen noch dramatischer.

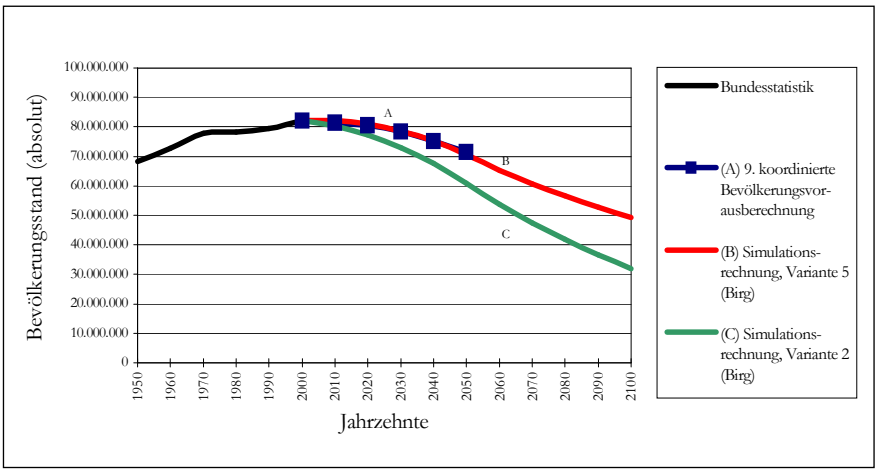

Abbildung 5: Deutschland: Bevölkerungsstand 1950–2000 und Vorausberechnungen bis 2050 beziehungsweise 2100.

(Quelle: Statistisches Bundesamt 2000; Birg u.a. 1998)

Trotz des Sterblichkeitsrückgangs übertrifft die Zahl der Todesfälle in der Bundesrepublik die Zahl der Geburten bereits seit 1972. *Ohne die massive Zuwanderung würde die Bevölkerung also schon seit drei Jahrzehnten zurückgehen.* Wie Abbildung 5 zeigt, ist selbst beim Andauern der bisherigen Zuwanderungsintensität mit einem zunächst unmerklichen, sich jedoch ab 2020 beschleunigenden Bevölkerungsrückgang zu rechnen. (Kurven A und B). Ohne Zuwanderung (Kurve C) würde zu Ende dieses Jahrhunderts sich die Bevölkerung gegenüber 1950 mehr als halbiert haben und nur noch 40 Prozent des aktuellen Bevölkerungsstandes betragen.

Seit kurzem sind wir Zeugen der Echowelle des brüsken Geburtenrückgangs zwischen 1965 und 1975: Die Geburten nehmen weiter ab, sodass es einer gesteigerten Zuwanderung bedürfte, um den Bevölkerungsstand zu halten. Etwa ab 2015 bedürfte es eines Zuwanderungssaldos von 400 bis 500.000 Personen, um das Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik zu stabilisieren. Zum mindesten nach bisheriger Erfahrung lässt sich jedoch nur etwa jeder dritte Zuwanderer dauerhaft in der Bundesrepublik nieder, sodass es unter dieser Prämisse einer Brutto-Zuwanderung von 1,2 bis 1,5 Millionen Personen jährlich bedürfte, eine illusorische Größe mit zudem brisanten Nebenwirkungen.

Allerdings: Die Bestandserhaltung der Bevölkerung ist aus demografischer Sicht kein Ideal sondern vor allem ein Richtwert, mit dem sich gut rechnen lässt. Sowohl aus ökonomischer wie aus machtpolitischer Perspektive spricht vieles für die

Wünschbarkeit eines weiteren Bevölkerungswachstums. In ökologischer Hinsicht wird der Nutzen eines Bevölkerungsrückgangs kontrovers diskutiert. In verteilungstheoretischer Hinsicht lässt sich zeigen, dass auf dem gegenwärtigen Niveau der Sterblichkeit das Minimum der demografischen Versorgungslasten, also die günstigste langfristige Kombination von Jugend- und Altenquote, bei einer Nettoreproduktionsrate um 1,0, also einer stationären Bevölkerung liegt. Je mehr die Altessterblichkeit zurückgeht, desto wünschenswerter wäre auch aus dieser Perspektive eine über dem Reproduktionsniveau liegende Fertilität (vgl. Kaufmann 2005c: 215ff.).

Die Frage nach der optimalen Bevölkerungsentwicklung ist schon wegen der Langsamkeit der demografischen Prozesse politisch kaum relevant und sachlich nicht unabhängig von weiteren Bedingungen plausibel zu diskutieren. Der für Deutschland und weite Teile Europas absehbare Bevölkerungsrückgang und insbesondere der Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter unterschreitet allerdings die Erhaltungsbedingungen so massiv, dass an seinem *problematischen* Charakter nicht zu zweifeln ist.

Worin aber bestehen die Probleme? Und wie lassen sie sich soziologisch formulieren? Ich schlage dafür zwei Konzepte vor: »Gesellschaftliche Dynamik« und »Humanvermögen«.

Gesellschaftliche Dynamik

Von gesellschaftlicher Dynamik sei erstens nur die Rede, wo *sozialer Wandel kulturell legitim* und in sozialen Kontexten normativ akzeptiert ist. Eben dies scheint eine wesentliche Voraussetzung *und* Folge der okzidentalen Modernisierung zu sein (vgl. Kaufmann 1989: 35ff.). Göran Therborn (1995: 4) argumentiert prägnant: »Modernity ends when words like progress, advance, development, emancipation, liberation, growth, accumulation, enlightenment, embetterment, avant-garde, lose their attraction and their function as guides to social action.« Will man Grade gesellschaftliche Dynamik in der normativen Dimension operationalisieren, wird man auf Einstellungen und Einstellungsveränderungen, aber auch auf Veränderungen in der öffentlichen Kommunikation zu achten haben, die entweder den Komplex der liberalen Moderne selbst oder die von ihr legitimierten Mechanismen – zum Beispiel Konkurrenz, Markt, Innovation, Anpassung – affirmativ oder kritisch thematisieren.

Gesellschaftliche Dynamik ist zweitens als Ergebnis der Interdependenz zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen – oder differenzierungstheoretisch prägnanter – zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen zu verstehen. Der große Erfolg moderner Gesellschaften beruht zum einen auf der strukturellen Differenzie-

rung und relativen Verselbständigung von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Recht und Religion und den dadurch ermöglichten Leistungsgewinnen mittels funktionaler Spezialisierung. Aber die sich selbst verstärkenden teilsystemischen Prozesse wären zum anderen ohne die Wechselwirkung zwischen den Leistungsgewinnen der Teilsysteme nicht gelungen. *Von Veränderungen gesellschaftlicher Dynamik sei deshalb konzeptuell nur die Rede, insoweit Dynamisierung oder Stagnation beziehungsweise Rigidisierung innerhalb einzelner Teilsysteme Folgen für andere gesellschaftliche Teilsysteme haben.*

Weil derartige externe Effekte interner Veränderungen gesellschaftlicher Teilsysteme vermutlich hochgradig kontingent und nicht prognostizierbar sind, folgt drittens, *dass die Operationalisierung gesellschaftlicher Dynamik primär auf der Ebene der Veränderungen innerhalb gesellschaftlicher Teilsysteme erfolgen muss.* Dabei interessieren nicht alle internen Veränderungen, sondern nur diejenigen, welche externe Effekte produzieren. Dies ist im Sinne der Luhmannschen Unterscheidung zwischen Funktion, Leistung und Reflexion also die *Leistungsdimension* (vgl. Luhmann 1997: 757ff.). Diese Veränderungen der Leistungsfähigkeit lassen sich grundsätzlich in einer quantitativen (»Wachstum« versus »Stagnation«) und in einer qualitativen Dimension (»Innovation« versus »Routine«) operationalisieren. Generell gelten die Leistungen von Wissenschaft und Wirtschaft als die primär dynamisierenden, während die Leistungen des politischen und des Rechtssystems eher der Abarbeitung der Folgeprobleme der erzeugten Dynamik und damit ihrer längerfristigen Stabilisierung dienen.

Gesellschaftliche Dynamik erscheint damit zwar als ein hoch komplexes, aber strukturierbares Konstrukt, das auf Phänomene verweist, die charakteristisch für sich als modern verstehende Vergesellschaftungsformen sind. *Gesellschaftliche Dynamik resultiert demzufolge aus der Wechselwirkung zwischen Veränderungsbereitschaft und Veränderungsfähigkeit beziehungsweise tatsächlicher Veränderung.* Ein Nachlassen gesellschaftlicher Dynamik wäre demzufolge zu diagnostizieren, sofern Indikatoren der Veränderungsbereitschaft (z.B. Optimismus, Risikofreudigkeit, Innovationsbereitschaft, Anpassungsbereitschaft) oder Indikatoren der Veränderungsrate (bezüglich des Wirtschaftssystems beispielsweise Wirtschaftswachstum, Häufigkeit der Patentanträge, Strukturwandel der Beschäftigung) zurückgehen. Zweifellos gilt es hinsichtlich einer angemessenen Operationalisierung und Indikatorenbildung noch einige Probleme zu lösen, doch sind diese grundsätzlich nicht gravierender als hinsichtlich anderer komplexer Begriffe.[5]

---

5 Das Konzept gesellschaftlicher Dynamik würde Max Webers Kriterien der Wertfreiheit ebenso wenig genügen wie das von ihm auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 kritisierte Konzept der »Produktivität« (vgl. Weber 1924). Das Verdikt Webers über die verdeckte Werthaltigkeit scheinbar wertfreier sozialwissenschaftlicher Begriffe hat nachhaltig auf die normativen Selbstverständlichkeiten der Soziologie gewirkt. Die Reflexion des Verhältnisses von Theorie und Praxis und damit auch der gesellschaftlichen Funktion der Sozialwissenschaften nach 1966 hat die Soziologie allerdings ihrer Insel wertfreier Seliger beraubt (vgl. Kaufmann 2005a). Wir können die Wert-

Humanvermögen

Das Konzept des Humanvermögens geht der Sache nach auf Friedrich Lists »Theorie der produktiven Kräfte« (1930) und Rudolf Goldscheids »Menschenökonomie« (1908) zurück, wurde semantisch aber erst durch Hans-Günter Krüsselberg (1977) in den sozialpolitischen Diskurs eingebracht und durch die Kommission für den Fünften Familienbericht der Bundesregierung einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht (Bundesministerium für Familie und Senioren 1994: 26ff.). Es ist mit Bezug auf das Teilsystem Wirtschaft äquivalent dem bekannteren Begriff des Humankapitals, welches Günter Clar u.a. (1997: VI) als »das in ausgebildeten und lernfähigen Individuen repräsentierte Leistungspotential einer Bevölkerung« definieren. Als »*personengebundene* Größe, deren Wert sich über Zeit verändern kann« (ebd.), ist das Konzept für demografische Veränderungen anschlussfähig und deutlich von »Sozialkapital« und »Wissenskapital« als nächstverwandten Begriffen zu unterscheiden.

Humankapital oder Humanvermögen sind also *Aggregatgrößen personenbezogener Fähigkeiten* und somit mittelbar durch demografische Aggregatgrößen repräsentierbar, allerdings nur insoweit, als den gezählten Personen bestimmte durchschnittliche Leistungspotentiale oder Fähigkeitsbündel zugesprochen werden. Aus soziologischer Sicht dürfen die Leistungspotentiale dabei nicht auf marktgängige Fähigkeiten reduziert werden. Vielmehr sind die Leistungspotentiale für die Tätigkeiten in Familien und Verwandtschaftsnetzwerken, in sozialen Vereinigungen und politischen Parteien ebenso relevant. Wohlfahrtsproduktion ist nicht auf marktvermittelte Transaktionen zu reduzieren, sondern umfasst den ganzen Bereich der Nutzen für Dritte stiftenden Transaktionen (vgl. Kaufmann 2005b).

Die Bildung von Humanvermögen ist im wesentlichen eine Leistung des gesellschaftlichen Teilsystems Familie und des Bildungssystems. Heinz Lampert (1996: 30ff. und 307ff.) hat für die Generation der 1983 Geborenen die familiären Kosten des Aufbringens eines Kindes bis zum 18. Lebensjahr zu Preisen von 1992 auf durchschnittlich 306.000 Deutsche Mark geschätzt und das *in Privathaushalten gebildete volkswirtschaftliche Humanvermögen* auf 12,7 Billionen Deutsche Mark hochgerechnet. Das entspricht ziemlich genau dem damaligen Wert des gesamten Bruttoanlagevermögens der alten Bundesrepublik. Für einen ähnlichen Zeitpunkt (1990) verfügen wir über eine Schätzung des *Bildungsvermögensbestands* auf 8,1 Billionen Deutsche

---

haltigkeit gesellschaftlich relevanter Begriffe nur explizieren und analytisch zu kontrollieren suchen. Bezogen auf das modernitätstheoretisch legitimierte Konzept gesellschaftlicher Dynamik sei deshalb ausdrücklich betont, dass wir keine Kenntnis darüber besitzen, ob das »Projekt der Moderne« das 21. Jahrhundert überstehen wird. Vielleicht wird die Unausweichlichkeit von Alterung und Rückgang der Bevölkerung ähnlich wie die ökologischen Diskurse dazu beitragen, den modernen Wachstumsglauben zu delegitimieren (zu Vorläufern vgl. Geller 2005). Dann würde der demografische Wandel zu einem Problem von größter ideeller Tragweite.

Mark (Ewerhart 2001). Um die Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf das deutsche Humanvermögen zu schätzen, scheint es sinnvoll, von den privaten *und* öffentlichen Aufwendungen für das Aufbringen des Nachwuchses auszugehen. In diesem Sinne konnte die durch den Geburtenausfall zwischen 1970 und 2000 in der (alten) Bundesrepublik entstandene »Investitionslücke« auf 4,8 Billionen Deutsche Mark oder 2.500 Mrd. Euro geschätzt werden (Kaufmann 2005c: 77ff.).

Es ist hier nicht auf die erheblichen methodischen Probleme der Schätzungen von Humanvermögen einzugehen, insbesondere auch hinsichtlich der Berücksichtigung von Zuwächsen und des Schwundes von Humanvermögen im Zuge des Lebenslaufs.[6] Zuwächse sind im Regelfalle aufgrund wachsender Berufs- und Lebenserfahrung zu erwarten, zum mindesten bis zum Ende des dritten Lebensjahrzehnts. Ein Schwund ist mit zunehmendem Lebensalter zu erwarten, vor allem im Falle bescheidener Berufsqualifikation und von Arbeitslosigkeit. Die Bedeutung des demografischen Alterns als zweitem Aspekt demografischen Wandels ließe sich verdeutlichen, wenn auf der Basis der kalkulierten Input-Werte eine an das Lebensalter gekoppelte »Abschreibung« vorgenommen würde, die Humanvermögensbildung also nicht mit Brutto- sondern mit Nettowerten gemessen würde.

Ewerhart (2003) hat Schätzungen des in formalen Bildungsabschlüssen inkorporierten *Netto*-Humankapitals und seiner Entwicklung von 1992–1999 vorgelegt. Obwohl die aus dem Arbeitsleben derzeit Ausscheidenden eine deutlich niedrigere Qualifikationsstruktur aufweisen als die neu ins Erwerbsleben tretenden Kohorten, zeigt sich für den Untersuchungszeitraum nur ein äußerst bescheidener jährlicher Zuwachs des Netto-Humankapitals von 0,4 Prozent. Mit dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge um 1960 aus dem Erwerbsleben und der gleichzeitigen weiteren Reduktion der nachwachsenden Generationen ist ohne eine wesentliche Steigerung der Bildungsanstrengungen spätestens ab 2015 mit einem sich allmählich beschleunigenden Rückgang des Humankapitals in Deutschland zu rechnen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird nach einer Prognose des IAB von 38 Millionen (2015) auf 26 Millionen (2040) zurückgehen, mit anschließend weiter sinkender Tendenz. Angesichts der gleichzeitig zu erwartenden Veränderungen der nachgefragten Qualifikationen – Rückgang bei den Lehrberufen, Zunahme bei den Hochschulabsolventen – dürfte die Humankapitallücke noch breiter ausfallen als die demografische Lücke (Meyer/Wolter 2007).

---

6 Vgl. hierzu Clar, Doré u. Mohr 1997, sowie in Hartard u. Stahmer 2002. Um die wirtschaftliche Bedeutung der demografischen Entwicklung ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, wäre eine Ergänzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um ein Modul der Bestände und Veränderungen von Humankapital dringend zu empfehlen.

Bevölkerungsrückgang und Wirtschaftswachstum

Soweit also die Befunde für Deutschland. Was daraus folgt, ist in der Soziologie bisher kaum diskutiert worden. Auch die vorherrschende, an der Ordnungsfigur des Marktes orientierte deutsche Makroökonomie weiß dazu wenig mehr zu sagen, als dass das fehlende Humankapital durch Sachkapital substituiert werden könne und müsse. Amerikanische Ökonomen sind da deutlich weiter, vor allem über die Thematisierung endogenen technischen Fortschritts und seines Zusammenhangs mit dem Human- und Wissenskapital (grundlegend: Romer 1990).

Vom Rückgang des Humankapitals sind nachhaltige Beeinträchtigungen des Wirtschaftswachstums zu erwarten. Axel Börsch-Supan (2004) rechnet für Deutschland mit einem Rückgang des Wachstumspotentials der Produktivität von 0,45–0,6 Prozentpunkten jährlich, was von der durchschnittlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität der jüngeren Vergangenheit (1,5%) abgezogen wird. Ich halte das Andauern dieser Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität für eine sehr optimistische Annahme, wenn die Verlangsamung der Erneuerungsgeschwindigkeit der aktiven Bevölkerung in Betracht gezogen wird: Während um 1980 der jährliche Zugang von Berufseinsteigern circa 3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung betrug, wird er bis 2020 auf circa 2 Prozent sinken. Es sind jedoch die nachwachsenden Generationen die wichtigsten Träger technischer und sozialer Innovationen und am ehesten mobilitätsbereit. Schon heute zeichnet sich ein Fachkräftemangel in zahlreichen Sektoren ab, obwohl der demografische Gipfelpunkt des Erwerbspersonenpotentials noch vor uns liegt. Auch nehmen maßgebliche Ökonomen einen Zusammenhang zwischen sektoralem Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt an (vgl. Verdoorn 1956; Arrow 1962; Cigno 1984). Zum mindesten für die von der Binnennachfrage abhängigen Wirtschaftszweige dürfte deren demografisch bedingte Stagnation also auch die Produktivitätsfortschritte hemmen.

Berkel u.a. (2004) haben in einer demo-ökonomischen Simulationsrechung gezeigt, dass bei gleich bleibender Qualifikation des Nachwuchses die positiven Auswirkungen einer dauerhaften Geburtensteigerung auf die Wachstumsrate des Volkseinkommens sich auf die Übergangszeit beschränken, bis die geburtenstärkeren Jahrgänge ihrerseits aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Unterstellt man jedoch eine bessere Qualifikation der nachwachsenden Generationen, so ergibt sich ein dauerhafter Wachstumseffekt. Durch eine verbesserte Qualifikation des Nachwuchses ließe sich der Schwund an Humankapital auch beim Andauern der niedrigen Fertilität zum mindesten reduzieren.

Obwohl grundsätzlich der Wegfall des Bevölkerungswachstums bei gleich bleibender Produktivitätssteigerung eine stärkere Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen ermöglichen würde, sprechen dieser und weitere Gründe dafür, *dass in einer stagnierenden oder gar rückläufigen Erwerbsbevölkerung die Rate der Produktivitätssteigerung ebenfalls*

sinkt. Nimmt man die Wirkungen der Globalisierung hinzu, die im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung den Ländern mit hohem Wohlstand nur noch innovative und hoch produktive Tätigkeiten zugesteht, so wird deutlich, dass es Deutschland nur mit ganz außergewöhnlichen Bildungsanstrengungen und besonderer Förderung der bildungsfernen Schichten gelingen könnte, den Nachwuchsmangel in etwa auszugleichen und sich in der internationalen Standortkonkurrenz zu behaupten.

Alles in allem dürfte vom Rückgang der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter eine deutliche Dämpfung wirtschaftlicher Wachstumspotentiale ausgehen. Die von Ökonomen vielfach empfohlene Substitution von Humankapital durch Sachkapital wird in den wachstumsintensivsten Bereichen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft nur in bescheidenem Umfang möglich sein. Weil alle anderen Gesellschaftsbereiche von der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems wenigstens indirekt abhängen, ist vom Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik auch eine Dämpfung in den übrigen Gesellschaftsbereichen zu erwarten.

Die seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachtende Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft wird sich somit aus demografischen Gründen fortsetzen und von der Nachwuchsschrumpfung fortwährend depressive Impulse erhalten. Würde es dagegen gelingen, die Geburtenhäufigkeit wieder zu erhöhen, so wären von der Nachfrageseite schon innert weniger Jahre Wachstumsimpulse zu erwarten. Die öffentlichen Haushalte hätten allerdings während zwei Jahrzehnten überproportionale Belastungen zu tragen, weil die bisherigen Wohlstandsgewinne durch die Nachwuchsschwäche der letzten drei Jahrzehnte bereits öffentlich und privat »verfrühstückt« wurden.

Soziologische Perspektiven auf die Folgen des demografischen Alterns

Die deutsche Soziologie hat sich um die Folgen des demografischen Wandels bisher nur wenig gekümmert. Eine gewisse Diskussions- und Forschungslage besteht mit Bezug auf die *Zuwanderung von Arbeitskräften*, sowie deren Konsequenzen, und seit dem 6. Familienbericht der Bundesregierung auch hinsichtlich ausländischer Familien (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2000). Der Zuwanderungsaspekt bleibe hier jedoch aus Zeit- und systematischen Gründen ausgeklammert. Denn die Zuwanderung mildert zwar den Bevölkerungsrückgang und verlangsamt das demografische Altern ein wenig, aber sie trägt zur Lösung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme weit weniger bei, als ihre statistische Bedeu-

tung erwarten lässt (vgl. Sinn u.a. 2001; Birg 2005: 110ff.) Dagegen könnte eine Umkehr der Wanderungstrends, also eine Zunahme der Auswanderung, insbesondere qualifizierter und wohlhabender Einwohner, die demografischen Probleme und ihre Folgen erheblich verschärfen. Auch hierum kümmern sich die Sozialwissenschaftler noch nicht, obwohl das Phänomen zum mindesten in den Neuen Bundesländern und hinsichtlich bestimmter Berufsgruppen (z.B. Ärzte) bereits manifest ist. Wanderungsbewegungen sind stark von kontingenten Umständen abhängig. Wanderungen wirken mit Bezug auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung meist kurz- und mittelfristig. Die diesbezüglichen linearen Annahmen in Modellrechnungen des Statistischen Bundesamtes beziehungsweise anderer Autoren sind wenig wahrscheinlich.

Wenige, aber wichtige soziologische Beiträge wurden zur Frage nach den Folgen des demografischen Alterns geleistet, insbesondere von Martin Kohli (1992; 1999) und Jens Alber (1994). Dieser Aspekt wird in der politischen Publizistik besonders akzentuiert, zuletzt von Kurt Biedenkopf:

»Die geburtenstarken Jahrgänge wurden zwischen Anfang der fünfziger und Ende der sechziger Jahre geboren. Bleibt es beim Eintritt ins Rentenalter mit 65 Jahren, dann werden die ersten Jahrgänge um 2015 in Rente gehen, die letzten um 2030. Schon wesentlich früher wird sich jedoch ihr Zeithorizont verengen. Ihre Interessen werden sich zunehmend auf die Gegenwart und die Probleme konzentrieren, die sie ihnen bereitet. Ihre Bereitschaft wird abnehmen, Einschränkungen in der Gegenwart zugunsten der Zukunft zu akzeptieren. Die Zeit, in der es möglich sein wird, in ihrer Generation Mehrheiten für eine Politik der Zukunftssicherung zu finden, wird deshalb schon zwischen 2015 und 2020, also in zehn bis fünfzehn Jahren, zu Ende gehen. Danach wird sich das Fenster politischer Gestaltungsmöglichkeiten langsam schließen.« (Biedenkopf 2006: 44)

Soziologische Überlegungen und Befunde zeigen allerdings, dass diese verbreiteten Befürchtungen zu den Folgen des demografischen Alterns übertrieben sind.[7] Zunächst ist es schon irreführend, aus Veränderungen der demografischen Altersstruktur beziehungsweise der darin zum Ausdruck kommenden Häufigkeit individueller Eigenarten unmittelbar auf soziale Veränderungen im Sinne politischer und gesellschaftlicher Stagnation zu schließen. Vielfältige Mechanismen und nicht zuletzt die Einstellungen der Älteren selbst verhindern, dass die quantitative und anteilsmäßige Zunahme der Senioren sich in manifeste politische Macht transformiert. Allerdings kann die Zunahme der Alten *über die Vorstellungswelt der Politiker* wirksam werden, welche vermuten, dass die Bedienung seniorenspezifischer Interessen politische Sympathien einbringe. Dabei kommt es gar nicht auf die tatsächlichen Einstellungen

7 Vgl. bereits Kaufmann 1960: 428–466. Die hier nur summarisch vorgebrachten Argumente habe ich ausführlicher in einem Referat anlässlich der Tagung »Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Humankapital in alternden Gesellschaften« diskutiert, die von der Arbeitsgruppe »Altern« der Akademien Leopoldina und acatech vom 28.–30. September 2006 auf Schloß Marbach am Bodensee veranstaltet wurde.

im Wahlvolk an, sondern nur auf die wirksamen Stereotypen. Diese »latente Altenmacht« (Kohli) kann dazu führen, dass die Senioren benachteiligende Reformen gebremst werden oder unterbleiben. Die nachhaltigen Einschränkungen der gesetzlichen Rentenversicherung in jüngster Zeit sprechen allerdings gegen diese Vermutung.

Nicht stichhaltig ist auch die Vermutung eines Alterns der Eliten. In den entscheidenden politischen Gremien sind die Älteren immer seltener anzutreffen, von der Wirtschaft ganz zu schweigen. Denn es ist mit vergleichsweise einfachen Regeln (Altersgrenzen, Amtszeitbeschränkungen) möglich, den Einfluss Hochaltriger auszuschalten. Selbst dem entgegenwirkende Senioritätsregeln behindern die Aufstiegschancen Jüngerer in Organisationen weniger als die Expansion oder Schrumpfung des Stellenkegels.

Schließlich ist auch der Ausbruch manifester Generationenkonflikte eher unwahrscheinlich. »Von einer zunehmenden Polarisierung zwischen Alt und Jung ist also nichts zu finden; sie ist ganz im Gegenteil zurückgegangen«, resümieren Kohli u.a. (1999: 507) die empirischen Befunde. Dennoch sind gesellschaftliche Definitionsprozesse nicht auszuschließen, welche die zweifellos vorhandenen latenten Interessenkonflikte im Bereich der Staatsverschuldung sowie der Alters- und Gesundheitssicherung etwa im Namen von »Generationengerechtigkeit« manifest machen. Das demografische Altern oder die weitere Zunahme der Lebenserwartung können zum Konstruktionsmaterial für Konflikte werden, zumal sie die Spielräume der öffentlichen Finanzwirtschaft nachhaltig einschränken. Wahrscheinlicher ist aber, dass die Interessengegensätze zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Altersgruppen auf latente Weise ausgetragen werden, wobei das Gesundheitswesen beziehungsweise der Umgang mit Pflegebedürftigen und Hochaltrigen ein zentrales Feld werden dürfte.

Alles in allem scheint es recht unwahrscheinlich, dass die Leistungsfähigkeit des politischen Systems durch die Zunahme des Bevölkerungsanteils alter Menschen wesentlich in Mitleidenschaft gezogen wird. Das gilt wenigstens für den unmittelbaren Zusammenhang. Wie gezeigt wurde, ist das Wirtschaftssystem wesentlich abhängiger von der demografischen Entwicklung. Wenn infolge geringeren Wirtschaftswachstums auch die Spielräume der öffentlichen Finanzwirtschaft eingeengt werden, sind mittelbare Auswirkungen auf das politische Teilsystem nicht auszuschließen.

Bevölkerungsrückgang und gesellschaftliche Stagnation

Völlige Fehlanzeige herrscht in Deutschland mit Bezug auf Forschungen zu den politischen und sozialen Folgen eines langfristigen Bevölkerungsrückgangs.[8] Das hat nicht zuletzt *historische* Gründe: Die Delegitimierung der Bevölkerungswissenschaft durch die nationalsozialistische Rassenpolitik. Ein *wissenschaftlicher* Grund für die geringe sozialwissenschaftliche Beachtung des Bevölkerungsfaktors liegt in der Trägheit seiner Wirkungsweise. Demografische Einflüsse werden stets von kürzerfristig wirksamen Faktoren überlagert. Wir benötigen eine mehrere Jahrzehnte übergreifende Perspektive, um demografische Einflüsse namhaft zu machen, und gesicherte Zeitreihen für ökonomische und soziale Faktoren stehen für solche Zeiträume nur ausnahmsweise zur Verfügung.[9] Ein weiteres kommt hinzu: Einen großräumiger Bevölkerungsrückgang, wie er sich heute für erhebliche Teile Europas in den kommenden Jahrzehnte abzeichnet, hat es im Horizont der industriellen Gesellschaften noch nicht gegeben. Man muss sich schon des Dreißigjährigen Krieges oder der spätmittelalterlichen Pestepidemien erinnern, die allerdings eine weit plötzlichere Entvölkerung weiter Landstriche auslösten. Der gegenwärtig zu erwartende Bevölkerungsrückgang entwickelt sich dagegen sehr allmählich, aber dafür auch sehr nachhaltig. Es gibt Zeit für Anpassungsreaktionen, aber die Wahrscheinlichkeit einer Trendumkehr ist gering.

Wie also lassen sich Phänomene des Bevölkerungsrückgangs soziologisch konzeptualisieren? Das hängt in erster Linie von der theoretischen Orientierung ab. Handlungs- und interaktionszentrierte Ansätze werden es da schwer haben. Anschlussfähig erscheinen dagegen in erster Linie Sozialstrukturanalysen, die schon heute mit der Untersuchung von Quantitäten von durch bestimmte Merkmale charakterisierten Personen arbeiten.[10] Schwieriger ist es, die Anschlussfähigkeit von system- und organisationstheoretischen Ansätzen herzustellen, was hier abschließend versucht sei.

Den Ausgangspunkt dieser Überlegungen bildet zweckmäßigerweise das bereits dargestellte Konzept des Humanvermögens als Summe aller an Personen gebundenen Leistungspotentiale eines Sozialzusammenhangs. Organisationstheoretisch

---

8 Eine Ausnahme macht die Stadtsoziologie, vgl. zuerst Häußermann u. Siebel 1988; die jüngste internationale Studie zum Schrumpfen von Städten (Oswalt 2004) bleibt leider weitgehend deskriptiv.

9 Vgl. jedoch das Referat von Gerd Nollmann: *Grenzen des Wachstums? Bevölkerungswachstum, Mobilisierung und (Um)verteilung von Einkommen in OECD-Ländern 1970–2000*, in diesem Band: Im Rahmen einer multiplen Regressionsanalyse erweist sich dabei das Bevölkerungswachstum als stärkster Erklärungsfaktor für das Wirtschaftswachstum.

10 In diesem Sinne ist wohl auch das Programm einer »Demographisierung der Sozialstrukturforschung« zu verstehen, das sich die »Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturforschung« auf diesem Soziologiekongress vorgenommen hat.

gesprochen handelt es sich um die Humanressourcen einer bestimmten Organisation, welche nicht naturwüchsig gegeben sind, sondern stets aus der Umwelt rekrutiert werden müssen. Natürliche Personen können entweder als Mitglieder oder als Klientel unmittelbar für Organisationen relevant werden, und in beiden Fällen kommt es unter anderem auch auf die Größe der *Rekrutierungspotentiale* an, auf die Zahl (Ökonomen würden sagen: das Angebot) an Menschen also, die sich grundsätzlich als Mitglieder rekrutieren oder als Klienten gewinnen lassen. Auch wenn die räumliche Bindung derartiger Prozesse heute sicher geringer geworden ist, bleiben doch die meisten Rekrutierungspotentiale räumlich gebunden und damit anschlussfähig an die Bevölkerungsstatistik. In der Regel kommen allerdings nicht alle Einwohner eines Raumes als Rekrutierungspotentiale in Frage, sondern nur solche mit bestimmten Eigenschaften: beispielsweise ausgebildete Pflegekräfte (oder wenigstens geeignete Anlernlinge!) als Mitglieder, und Pflegebedürftige als Klienten von Pflegeeinrichtungen.

Diese Selektivität der Organisationen mindert jedoch nicht ihre Abhängigkeit von demografischen Entwicklungen. Zwar wird ein spezifisches Arbeitskräfteangebot primär von anderen Faktoren bestimmt, aber das Angebot an Auszubildenden hängt auch in erheblichem Maße von der Stärke der Absolventenjahrgänge bestimmter Ausbildungseinrichtungen ab. So sehr im Horizont des Humanvermögensansatzes zu betonen ist, dass Humanvermögen nicht allein durch erhöhte Geburtenzahlen, sondern auch durch bessere Qualifizierung der bereits Geborenen vermehrt werden kann, so unvermeidlich ist die Einsicht, dass es *auch* auf die demografischen Quantitäten ankommt.

Ein weiteres kommt hinzu: Der Rückgang des Nachwuchses reduziert die Rekrutierungspotentiale nicht nur der Wirtschaft, sondern *aller* Gesellschaftsbereiche. Parallel dazu sind infolge sinkender Wachstumsraten und der Verknappung öffentlicher Haushalte Verschlankungen der Organisationshierarchien zu erwarten, wodurch die Aufstiegschancen der Jüngeren beeinträchtigt werden. Der Einfluss demografischer Veränderungen operiert zwar sehr langsam und allmählich, sodass grundsätzlich durchaus Anpassungszeiten bestehen. *Aber der Nachwuchsmangel operiert umfassend und in gleichsinniger Weise, und verstärkt auch die ohnehin zunehmende Alterung.* Während die Alterung der Bevölkerung unter der Bedingung eines wenigstens bestandserhaltenden Nachwuchses wahrscheinlich keine gravierenden Probleme auslöst, erscheint die Kombination von Alterung und sich beschleunigendem Bevölkerungsrückgang, wie sie für Deutschland und große Teile Europas in den kommenden Jahrzehnten beim Andauern der gegenwärtigen Konstellation zu erwarten ist, durchaus als bedrohlich für die politische Handlungsfähigkeit. Nahezu alle Folgen des absehbaren demografischen Wandels erscheinen tendenziell problemerzeugend, und es muss damit gerechnet werden, dass sich die partikulären Folgen innerhalb der gesellschaftlichen Teilsysteme wechselseitig verstärken. Deshalb gelangt

eine integrale Betrachtungsweise des Bevölkerungsrückgangs zu einer wesentlich dramatischeren Einschätzung der Folgen des Bevölkerungsrückgangs als die Untersuchung partieller Zusammenhänge, wo die in der Regel »schwachen« demografischen Einflüsse von anderen Faktoren überlagert werden. Zentral ist die These: *Wachsende Anpassungszwänge stoßen im Falle schrumpfender Bevölkerungen auf sinkende Anpassungsfähigkeit. Konflikte tendieren dazu, sich zu verfestigen, anstatt innovative Lösungen zu generieren* (vgl. Kaufmann 1975, 2005c: 110ff.).

Gesellschaftliche Stagnation ist nicht nur auf Grund einer rigidisierenden Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen, zu erwarten, sondern auch auf Grund *kultureller oder Mentalitäts-Veränderungen*, welche die Legitimität fortgesetzten Wandels in Frage stellen. Derartige Veränderungen lassen sich nicht einfach operationalisieren. Im Vergleich zu Amerika und Asien dürfte schon heute die Fortschrittsskepsis in Europa deutlich höher sein. Praktisch wichtiger ist allerdings die Bereitschaft zu konkreten Veränderungen, wie sie durch die demografische Entwicklung beispielsweise im Bereich der sozialpolitischen Einrichtungen erforderlich werden. Sozialpolitische Veränderungen unter zunehmenden ökonomischen Restriktionen sind wesentlich schwieriger als im Kontext einer munter wachsenden Wirtschaft. Die Verteilungskonflikte werden schärfer und Situationen allseitigen Gewinns seltener. Ohne einem materialistischen Determinismus kultureller Phänomene das Wort zu reden, ist es doch sehr wahrscheinlich, dass die beengenden wirtschaftlichen und sozialen Perspektiven einer optimistischen Veränderungsbereitschaft und generell der Bereitschaft zur Konkurrenz nicht förderlich sind. »Resistance to Change« ist ein altes Konzept, das in diesem Kontext erneute Beachtung verdient. Empirische Untersuchungen zeigen auch, dass die Risikoaversion mit dem Alter zunimmt. Es wird allerdings immer schwierig bleiben, konkrete Veränderungsresistenz auf demografische Einflüsse zurückzuführen, da diese stets durch institutionelle Faktoren und politische Konjunkturen überlagert werden.

Insoweit Veränderungen in den dominanten Mentalitäten festgestellt werden können, scheint es aus soziologischer Sicht plausibler, sie primär auf Veränderungen der Opportunitätsstrukturen statt auf altersabhängige psychische Veränderungen zurückzuführen. Unter sonst gleichen Bedingungen fördert zum Beispiel das Bevölkerungswachstum den Zustrom junger Menschen auf den Arbeitsmarkt, die als Außenseiter den Eingesessenen Konkurrenz machen und sich deshalb auch auf neue Produktionsformen und sonstige Chancen gerne (oder zum mindesten nolens volens) einlassen. Fehlt es an der Konkurrenz von Außenseitern, so ist von den bereits Etablierten weit weniger Bereitschaft zur Innovation zu erwarten.[11] Dies hat sich empirisch auch im Falle

11 Das entspricht bereits Durkheims Analyse der Ursachen fortschreitender Arbeitsteilung, vgl. Durkheim 1932: 248ff. Eine Ausarbeitung des Zusammenhangs von Bevölkerungsentwicklung und Fortschrittsbereitschaft hat der belgische Soziologe Dupréel (1948: 329ff.) vorgelegt: Konkurrenz und

Frankreichs bestätigt, das zwischen 1890 und 1940 eine lange Phase demografischer Stagnation durchmachte (vgl. Kaufmann 1960: 409ff.). Nach 1945 setzte sich zwar das demografische Altern fort, aber die Fertilität begann in der Folge einer natalistischen Familienpolitik erneut zu steigen. Unterstützt durch die weiter steigende Lebenserwartung und eine kontinuierliche Zuwanderung fand die französische Bevölkerung so zum Wachstum zurück, was die Modernisierung Frankreichs nach dem 2. Weltkrieg nachhaltig erleichtert hat.

Man könnte gegen unsere These einwenden, dass die heutige Globalisierung geeignet sei, einer wirtschaftlichen und sozialen Stagnation entgegen zu wirken. Zweifellos eröffnet die relative Freizügigkeit von Personen, Kapital und Gütern zusätzliche Handlungsalternativen. Inwieweit diese allerdings im Interesse von demografisch schrumpfenden Regionen wahrgenommen werden können, hängt von zusätzlichen Bedingungen wie zum Beispiel der Fähigkeit zu regionaler Solidarisierung ab. Grundsätzlich ist von demografischer Regression eine Verschlechterung der Standortqualitäten zu erwarten. So gilt nach wie vor Alfred Sauvys Schlussfolgerung: »Not one single historical or present-day instance can be cited of a declining or stagnating population that has enjoyed any real economic expansion.« (Sauvy 1968: 355) Und dasselbe gilt für die kulturelle und soziale Entwicklung. Alle bisherige Erfahrung spricht dafür, dass ein nachhaltiger Bevölkerungsrückgang lähmend auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes wirkt. Sollte dies am deutschen Fall zu beobachten sein, so wäre nicht die Zunahme der alten Menschen, sondern das Fehlen ausreichenden Nachwuchses hierfür verantwortlich zu machen.

Literatur

Alber, Jens (1994), »Soziale Integration und politische Repräsentation von Senioren«, in: Verheugen, Günter (Hg.), *60plus. Die wachsende Macht der Älteren*, Köln, S. 145–168.

Arrow, Kenneth J. (1962), »The Economic Implications of Learning by Doing«, *Review of Economic Studies,* XXXIX/8, S. 155–173.

Berkel, Barbara, Axel Börsch-Supan, Alexander Ludwig und Joachim Winter (2004), »Sind die Probleme der Bevölkerungsalterung durch eine höhere Geburtenrate lösbar?«, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 5, S. 71–90.

Biedenkopf, Kurt (2006), *Die Ausbeutung der Enkel*, Berlin.

Birg, Herwig (2005), *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt,* München.

Fortschrittsbereitschaft seinen von »stimulierenden Ungleichgewichten« abhängig, von der durch Wachstum fortwährend erzeugten »Unordnung«, welche die Chancen für Innovation und zugleich die Fortschrittsbereitschaft steigere.

Birg, Herwig, E.-J. Flöthmann/Th. Frein/K. Ströker (1998), *Simulationsrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in den alten und neuen Bundesländern im 21. Jahrhundert.* Materialien des Instituts für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik (IBS) der Universität Bielefeld, Band 45.

Börsch-Supan, Axel (2004), »Aus der Not eine Tugend. Zukunftsperspektiven einer alternden Gesellschaft«, in: Herbert-Quandt-Stiftung (Hg.), *Gesellschaft ohne Zukunft? Bevölkerungsrückgang und Überalterung als politische Herausforderung*, Bad Homburg v.d. Höhe, S. 81–91.

Bundesministerium für Familie und Senioren (Hg.) (1994), *Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland – Zukunft des Humanvermögens. Fünfter Familienbericht,* Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2000), *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Leistungen – Belastungen – Herausforderungen. Sechster Familienbericht,* Berlin.

Cigno, Alessandro (1984), »Further Implications of Learning by Doing: The Effect of Population on Per-Capital-Income«, *Bulletin of Economic Research*, H. 2, Jg. 36, S. 97–108.

Clar, Günter/Doré, Julia/Mohr, Hans (Hg.) (1997), *Humankapital und Wissen. Grundlagen einer nachhaltigen Entwicklung,* Berlin/Heidelberg.

Deutscher Bundestag (1994), *Enquête-Kommission Demographischer Wandel: (Erster) Zwischenbericht* (Bundestagsdrucksache 12/78776), Bonn.

Deutscher Bundestag (1998), *Enquête-Kommission Demographischer Wandel: Zweiter Zwischenbericht* (Bundestagsdrucksache 13/11460), Bonn.

Deutscher Bundestag (2002), Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.), *Enquête-Kommission Demographischer Wandel. Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik,* Bonn.

Dupréel, E. (1948), *Sociologie générale,* Paris.

Durkheim, Émile (1932), *De la division du travail social (1893),* Sixième édition, Paris.

Ewerhart, Georg (2001), »Humankapital in Deutschland: Bildungsinvestitionen, Bildungsvermögen und Abschreibungen auf Bildung«, *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 247, Nürnberg.

Ewerhart, Georg (2003), »Ausreichende Bildungsinvestitionen in Deutschland?«, *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 266, Nürnberg.

Geller, Helmut (2005), »Ende der Wachstumsgesellschaft? Prognosen und Krisenszenarien bei Marx, Schumpeter und Meadows«, in: Drepper, Thomas/Göbel, Andreas/Nokielski, Hans (Hg.), *Sozialer Wandel und kulturelle Innovation. Eckart Pankoke zum 65. Geburtstag*, Berlin, S. 221–236.

Goldscheid, Rudolf (1908), *Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie. Eine Programmschrift,* Leipzig.

Hartard, Susanne/Stahmer, Carsten (Hg.) (2002), *Magische Dreiecke, Band 3: Sozio-ökonomische Berichtsysteme,* Marburg.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1988), »Die schrumpfende Stadt und die Stadtsoziologie«, in: Friedrichs, Jürgen (Hg.), *Soziologische Stadtforschung. Sonderheft 29 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Opladen, S. 78–94.

Kaufmann, Franz-Xaver (1960), *Die Überalterung – Ursachen, Verlauf, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen des demographischen Alterungsprozesses,* Zürich/St. Gallen.

Kaufmann, Franz-Xaver (1975), »Makro-soziologische Überlegungen zu den Folgen eines Bevölkerungsrückgangs in industriellen Gesellschaften«, in: ders. (Hg.), *Bevölkerungsbewegung zwischen Quantität und Qualität,* Stuttgart, S. 45–71.

Kaufmann, Franz-Xaver (1989), *Religion und Modernität,* Tübingen.

Kaufmann, Franz-Xaver (1977/2005a), »Sozialpolitisches Erkenntnisinteresse und Soziologie: Ein Beitrag zur Pragmatik der Sozialwissenschaften«, in: ders., *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen,* Wiesbaden, S. 31–68.

Kaufmann; Franz-Xaver (1994/2005b), »Staat und Wohlfahrtsproduktion«, in: ders., *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen,* Wiesbaden, S. 219–242.

Kaufmann, Franz-Xaver (2005c), *Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen,* Frankfurt a.M.

Kohli, Martin (1992), »Altern in soziologischer Perspektive«, in: Baltes, Paul B./Mittelstraß, Jürgen (Hg.), *Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung,* Berlin/New York, S. 231–259.

Kohli, Martin (1998), »Altern und Altern der Gesellschaft«, in: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen, S. 1–10.

Kohli, Martin/Neckel, Sighard/Wolf, Jürgen (1999), »Krieg der Generationen? Die politische Macht der Älteren«, in: Niederfranke, Annette/Naegele, Gerhard/Frahm, Eckart (Hg.), *Funkkolleg Altern 2*, Opladen/Wiesbaden, S. 479–514.

Krüsselberg, Hans-Günter (1977), »Die vermögenstheoretische Dimension in der Theorie der Sozialpolitik. Ein Kooperationsfeld für Soziologie und Ökonomie«, in: Ferber, Christian von/ Kaufmann, Franz-Xaver (Hg.), *Soziologie und Sozialpolitik, Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie,* Opladen, S. 232–259.

Lampert, Heinz (1996), *Priorität für die Familie. Plädoyer für eine rationale Familienpolitik,* Berlin.

Lehr, Ursula (2003), »Die Jugend von gestern – und die Senioren von morgen«, *Aus Politik und Zeitgeschichte,* B 30/2003, S. 3–5.

Linde, Hans (1984), *Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800–2000,* Frankfurt a.M./New York.

List, Friedrich (1930/1841), *Das nationale System der politischen Ökonomie,* 5. Auflage, Jena.

Luhmann, Niklas (1997), *Die Gesellschaft der Gesellschaft,* 2 Halbbände, Frankfurt a.M.

Mackensen, Rainer (1989), »Bevölkerungssoziologie«, in: Endruweit, Günter/Trommsdorff, Gisela (Hg.), *Wörterbuch der Soziologie,* Stuttgart, Bd. 1, S. 71–81.

Mayer, Karl Ulrich (1989), »Bevölkerungswissenschaft und Soziologie«, in: Mackensen, Rainer u.a. (Hg.), *Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungstheorie in Geschichte und Gegenwart,* Frankfurt a.M./ New York, S. 255–280.

Meyer, Bernd/Wolter, Marc Ingo (2007), »Demographische Entwicklung und wirtschaftlicher Strukturwandel – Auswirkungen auf die Qualifikationsstruktur am Arbeitsmarkt«, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Neue Wege statistischer Berichterstattung – Mikro und Makrodaten als Grundlage sozioökonomischer Modellierung,* in Vorbereitung.

Oeppen, Jim/Vaupel, James W. (2002), »Broken Limits to Life Expectancy«, *Science,* 296, S. 1029–1031.

Oswalt, Philipp (Hg.) (2004), *Schrumpfende Städte. Band 1: Internationale Untersuchung,* Ostfildern-Ruit.

Sauvy, Alfred (1968), »Population II: Population Theories«, in: Sills, David L. (Hg.), *International Encyclopedia of the Social Sciences,* Bd. 12, S. 349–358.

Sinn, Hans-Werner u.a. (2001), *EU-Erweiterung und Arbeitskräftemigration: Wege zu einer schrittweisen Annäherung des Arbeitsmarktes,* ifo Beiträge zur Wirtschaftsforschung 2, München.

Statistisches Bundesamt (2000), *9. koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung,* Wiesbaden

Statistisches Bundesamt (2003), *Bevölkerung Deutschlands bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung,* Wiesbaden.

Therborn, Göran (1995), *European Modernity and Beyond,* London.

Verdoorn, P. J. (1956), »Complementarity and Long-Range Projections«, *Econometrica,* 24, S. 429–450.

Weber, Max (1924/1909), »Zu den Verhandlungen über die Produktivität der Volkswirtschaft«, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik,* Berlin, S. 416–423.